

SOLIDARISCH



MEHR BEZAHLEN FÜR TIEFERE RENTEN? Das sieht die Pensionskassenvorlage vor. Nicht mit uns! Wir haben daher zusammen mit den Gewerkschaften dagegen das Referendum ergriffen. Wir ergreifen Partei für sichere Renten!

Rekord: 120 000 Unterschriften gegen die Pensionskassen- Vorlage



Flavia Wasserfallen,
Nationalrätin und Ständeratskandidatin BE

«Für Banken gibt es Geld in rauen Mengen und im Schnellverfahren, für die breite Bevölkerung nichts!» Oder: «Mehr bezahlen für weniger Rente? Bitte verhindert das!» Solche und ähnliche Kommentare hörten alle immer wieder, die Unterschriften für das Referendum gegen die missratene Pensionskassenvorlage sammelten. Und so überraschte es auch nicht wirklich, dass für das von Gewerkschaften, SP und Grünen lancierte Referendum schon einen Monat vor Abgabefrist über 120 000 Unterschriften zusammengekommen waren. Ende Juni wurde das Referendum eingereicht. Wir werden voraussichtlich im März 2024 darüber abstimmen können.

Löhne und Renten halten nicht Schritt

Die Wut über die Reform ist riesig. Viele Menschen in diesem Land sehen nicht ein, weshalb sie in Zeiten von steigenden Mieten, steigenden Krankenkassenprämien

und gleichzeitig sinkenden Real-löhnen jetzt auch noch bei den Renten draufzahlen sollen. Zumal sich die Pensionskassenrenten seit Jahren im Sinkflug befinden, trotz steigender Beiträge. Eine Anpassung an die Teuerung gibt es bei den Pensionskassenrenten nämlich nicht, weshalb die Renten weiter an Wert verlieren.

Und jetzt verlangt die Pensionskassenreform – von der bürgerlichen Mehrheit im Parlament so durchgedrückt – von den Versicherten, dass sie noch mehr Geld in die zweite Säule einschies sen, obwohl diese für die Rentenbildung im Vergleich zur AHV ineffizient ist. Denn Versicherungen und Banken verdienen mit dem Geld der Versicherten Milliarden, Tendenz steigend. Dieses Geld fehlt bei den Renten.

Höhere Beiträge, tiefere Renten

Es ist deshalb eine gute Nachricht, dass die Stimmbevölkerung darüber abstimmen kann, ob die

Beiträge an die zweite Säule – bei gleichen oder schlechteren Renten – massiv erhöht werden. Das ist der eigentliche Kern der Pensionskassenreform, wie sie die bürgerliche Mehrheit im Parlament beschlossen hat.

Auch die viel tieferen Frauenrenten werden nicht wirksam erhöht. Die vollmundigen Versprechungen der Bürgerlichen an die Frauen während der Kampagne zur AHV21 haben sich in Luft aufgelöst. So kommen mit der Pensionskassenreform genau wieder

diejenigen Menschen zu kurz, die bereits bei der AHV21 die Rechnung bezahlen werden.

Die eigentlichen Ziele der Reform gehen unter

Zur Erinnerung: Die Pensionskassenreform sollte drei Ziele erfüllen. Erstens: Die Renten garantieren. Zweitens: Die Finanzierung sichern. Drittens: Die Rentensituation von Frauen und generell von Menschen mit tiefen Einkommen verbessern. Mit der Vorlage des Bundesrates hätten diese Verspre-

chen eingehalten werden können. Was der Bundesrat wollte, hatte im Parlament jedoch keine Chance.

Vielmehr nahmen bürgerliche Kräfte das Heft in die Hand und zimmerten eine Vorlage, die die ursprünglichen Ziele völlig verfehlt. Die Pensionskassenrevision ist eine gescheiterte Reform, die über zwei Milliarden Franken kostet. Die Beiträge werden erhöht, und ein Teil der Pensionierten erhält trotzdem kleinere Renten. Damit belasten wir erneut die Generation ab 50 Jahren, die

sich bereits mit sinkenden Renten konfrontiert sieht. Damit lassen wir die Mütter fallen, die unbezahlte Betreuungsarbeit geleistet haben. Damit verschlechtern wir die Situation des Pflegefachmanns oder der Kassierin, die für eine tiefe Rente mehr bezahlen müssen. Dabei handelt es sich um Menschen, die ein Leben lang arbeiteten, aber im Alter nicht genug zum Leben haben.

So nicht: Wir ergreifen Partei für sichere Renten!

Das Ende des Kapitalismus

Die breite mediale Aufmerksamkeit, die das Buch der Historikerin und Wirtschaftsjournalistin Ulrike Herrmann in den letzten Monaten erregt hat, dürfte neben seinem provokativen Titel auch einer Themenkonjunktur geschuldet sein. Seit der Finanzkrise von 2008 sind zahlreiche Bücher erschienen, die sich mit Wachstumskritik, der Geschichte der Nachhaltigkeit oder einer (erst im Entstehen begriffenen) Postwachstumsgesellschaft befassen.

Klimaschutz ist für Herrmann nur möglich, wenn wir den Kapitalismus abschaffen. Durch den im System angelegten Wachstumszwang sei der Kapitalismus auf «ständige Expansion» angewiesen. In einer endlichen Welt kann man aber nicht «unendlich wachsen».

Der Aufstieg des Kapitals

In einem ersten, historisch ausgerichteten Teil beschreibt Herrmann unter dem Titel «Der Auf-

stieg des Kapitals» die Entstehung einer auf Wachstum basierenden Industrie-, Konsum- und Überflusgesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Interessant sind hier insbesondere ihre Ausführungen zur Bedeutung von fossiler Energie für die wirtschaftliche Entwicklung. Gemäss Herrmann verbraucht Europa inzwischen «mehr als 20-mal so viel Energie, wie Wälder bereitstellen könnten, wenn sie den ganzen Kontinent einnehmen würden». Wie tiefgreifend unsere Abhängigkeit von zahllosen «Energiesklaven» inzwischen ist, zeigt sich auch eindrucksvoll an unserer aktuellen Angst vor Engpässen in der Energieversorgung.

Im zweiten Teil des Buches folgt unter dem Titel «Grünes Wachstum gibt es nicht» eine harsche Kritik an der auch von der EU mit dem «European Green Deal» angestrebten «Entkopplung» von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. Weil die Sonnen- und Windenergie nur unzuverlässig zur Verfügung stehe und der Aufbau von Speicherkapazitäten für die Überbrückung sogenannter «Dunkelflauten» ressourcenintensiv sei, werde die Energiewende nicht billig, sondern teuer werden. «Grünes Wachstum» ist für Herrmann eine Illusion.

Davon ausgehend, dass technische Lösungen für die Überwin-

nung der Klimakrise zu viel Zeit brauchen und zu teuer sind, fordert Herrmann einen geordneten – beziehungsweise staatlich verordneten – Rückbau der Wirtschaft nach dem Vorbild der britischen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Ausgeführt wird dieser Vorschlag im abschliessenden dritten Teil des Buches unter dem Titel «Das Ende des Kapitalismus» aber nur sehr knapp; und er klammert wichtige Aspekte aus. Herrmann betont zwar, dass es Opfer kosten werde, eine ökologische Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Wie die staatlichen Eingriffe – anstelle der bisher stark marktorientierten Lösungen – umgesetzt werden sollen, bleibt aber weitgehend offen. Die harten Verteilungskämpfe, die in einer schrumpfenden Wirtschaft am Horizont auszumachen sind, werden kaum thematisiert (oder romantisiert).

Letztlich steht und fällt die Argumentation von Herrmann mit ihrer richtigen oder falschen Einschätzung der technologischen Entwicklung und der von Technikoptimisten seit Jahrzehnten versprochenen «Effizienzrevolution». Wer recht behält, wird die Zukunft zeigen. Sicher hingegen ist: Wer heute vom Klima spricht, darf vom Wachstum nicht schweigen!

Roman Rossfeld



Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden.
Von Ulrike Herrmann.



Von Blumen und Bienen

DIE BIODIVERSITÄT IST IN GROSSER GEFAHR. Wenn wir den massiven Verlust an Pflanzen, Tieren und Lebensräumen verhindern wollen, müssen wir jetzt handeln. Es braucht ein Ja zur Biodiversitätsinitiative.

Momentan blüht alles auf: Bunte Blumen sind überall zu sehen, ihr Duft zieht allerlei Insekten und Vögel an, die Früchte reifen heran. Diese grosse Vielfalt an Pflanzen und Tieren ist auch als Biodiversität bekannt. Gerade jetzt wird sichtbar, wie alles eng miteinander verknüpft ist. Und diese Vielfalt ist in grosser Gefahr. Denn das System ist fragil. Ein Drittel aller Tier- und Pflanzen-

arten in der Schweiz sind gefährdet. Wir haben eine akute Biodiversitätskrise, die genauso bedrohlich ist wie die Klimakrise.

Insektensterben ist augenfällig

Früher musste man nach einer Autofahrt die Windschutzscheibe putzen, weil sie mit toten Insekten übersät war. Das entfällt heute. Und auch um die Strassenlaterne tanzende Falter gehören der Vergangenheit an. In nur einer Generation ist die Insektenmasse um drei Viertel geschrumpft. Wer bestäubt in Zukunft unsere Kulturpflanzen, wenn die Insekten fehlen? Was fressen Fische und Vögel, wenn das wichtigste Glied der Nahrungskette fehlt? Hinzu kommt: 90 Prozent aller Moore der Schweiz sind zerstört, und auch artenreiche Trockenwiesen sind weitgehend verschwunden.

Der schlechte Zustand der Biodiversität trifft uns alle, vor allem in der Landwirtschaft. Diese braucht die Biodiversität! Die Artenvielfalt sichert die Bodenfruchtbarkeit und damit auch die Ernährungssicherheit. Allein der Wert der Bestäubungsleistung von Insekten wird auf 340 Millionen Franken pro Jahr geschätzt.

Boden verschwindet

In der Schweiz wird pro Sekunde ein Quadratmeter Boden überbaut. Das sind täglich zehn Fussballfelder – womit rund 33 000 Tierarten und über 5000 Pflanzenarten immer weitere Teile ihres Lebensraums verlieren. Natur und Landschaft stehen unter enormem Druck. Die Schutzinteressen werden zum Vorteil wirtschaftlicher Interessen zurückgestellt. Die Schweiz ist in Sa-

chen Naturschutz schon lange kein Vorbild mehr. Nur knapp elf Prozent der Fläche unseres Landes stehen unter Schutz. Damit liegen wir in Europa auf einem der letzten Ränge.

Die Bevölkerung schätzt den Wert der Natur hoch ein. Das zeigt eine repräsentative Befragung des Forschungsinstituts Sotomo aus dem Jahr 2022. Auf die Frage «Was bedeutet Wohlstand für Sie?» verwies eine Mehrheit der Befragten (62 Prozent) nicht etwa auf «Geld für schöne Dinge haben» oder «reisen können», sondern auf eine «intakte Natur».

Die Artenvielfalt stirbt leise

Die Natur ist die Grundlage unserer Existenz. Pflanzen, Tiere, Pilze und Mikroorganismen helfen das Klima zu regulieren, reinigen Luft und Wasser, dienen unserer Gesundheit und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Und Biodiversi-



Martina Munz,
Nationalrätin SH



ALBERT KREBS, ETH ZÜRICH



ALBERT KREBS, ETH ZÜRICH



HANS R. REINHARD, ETH ZÜRICH

tät macht auch die Welt gerechter: Ihr Schutz und ihre Erhaltung sind der Schlüssel zur Armutsbekämpfung, denn gesunde Ökosysteme garantieren gesunde Nahrungsmittel und sauberes Wasser. Sie tragen weltweit als natürliche Kohlenstoffspeicher zur Minderung des Klimawandels bei und federn extreme Wetterereignisse ab.

Klimakrise und Biodiversitätskrise sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Beide Krisen sind existenziell und müssen von uns allen gemeinsam gelöst werden. Während die Klimakrise mit Katastrophen wie Dürren und Überschwemmungen auf sich aufmerksam macht, fällt die Biodiversitätskrise weit weniger auf. Das Sterben der Natur kennt keine lauten Töne. Art für Art verschwindet lautlos und unbemerkt. Es ist höchste Zeit, dass wir dieses Artensterben stoppen und unsere Lebensgrundlage nachhaltig sichern.

Biodiversitätsinitiative gibt dem Artensterben eine Stimme

Die Umweltverbände haben deshalb Unterschriften gesammelt

und im Herbst 2020 die Biodiversitätsinitiative eingereicht. Diese fordert genügend Flächen und finanzielle Mittel für den Erhalt der Natur sowie einen besseren Schutz der Landschaft und des baukulturellen Erbes. Der Bundesrat lehnt zwar die Initiative ab, nimmt aber die Anliegen in einem indirekten Gegenentwurf auf. Er hat damit den dringlichen Handlungsbedarf erkannt. Mit rund 100 Millionen Franken will er die bestehende Biodiversitätsstrategie beschleunigen. Der Nationalrat ist ihm gefolgt und hat den Gegenentwurf sogar mit dem Instrument der Biodiversitätsgebiete verbessert.

Leider wollte der Ständerat davon nichts wissen. Zu teuer! Er versenkte den Gegenvorschlag diesen Juni, obwohl die Kantone den Ständerat mahnten: «Der Verlust an Biodiversität und die damit einhergehenden Kosten von schätzungsweise 14 Milliarden Franken im Jahr 2050 bereiten uns Sorge.» Die Kosten für den indirekten Gegenentwurf wären hingegen bescheiden. Schäden zu reparieren, kommt uns viel teurer zu stehen.

Der Ständerat hat es verpasst, den wirtschaftlichen Wert der Leistungen unseres Ökosystems in seinen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Nun muss das Volk korrigieren und die Biodiversitätsinitiative annehmen. Wir machen uns an die Arbeit – für die Natur, für das Klima, für die Menschen.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «Solidarisch» hält die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner über aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen auf dem Laufenden. Unsere Mitglieder aus National- und Ständerat, kantonalen Regierungen und Parlamenten oder parteiinternen Organen berichten im «Solidarisch» über ihre Fachgebiete und geben so Einblick in die Arbeit der SP.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «Solidarisch» (oder die französische Ausgabe «Solidaires») ohne Verpflichtung regelmässig erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, Ihre SP Schweiz

IMPRESSUM SOLIDARISCH – Das Spendenmagazin der SP Schweiz erscheint viermal im Jahr auf Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement ist für Gönnerinnen und Gönner im Spendenbetrag ab 5 Franken enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Theaterplatz 4, 3011 Bern, Tel. 031 329 69 69, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Pia Wildberger, Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 31 000 deutsch, 9000 französisch. Total: 40 000. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.





LEGISLATUR 2019–2023

Die wichtigsten Erfolge der SP

IM KAMPF FÜR EINE SOZIALE UND GERECHTE SCHWEIZ GILT ES IMMER AUCH DIE ERZIELTEN ERFOLGE ZU WÜRDIGEN. Aus ihnen können wir Kraft und Motivation für zukünftige Engagements schöpfen. In der zu Ende gehenden Legislatur haben wir gemeinsam einiges erreicht – sowohl an der Urne als auch im Parlament.

Wir blicken auf verschiedene wegweisende Volksabstimmungen zurück. Die SP hat sich stark für ein fortschrittliches Eherecht und für die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren eingesetzt. Die Vorlage «Ehe für alle» wurde von der Bevölkerung mit grosser Mehrheit angenommen.

Als Reaktion auf den Pflege-notstand und die schlechten Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen hat die SP an vorderster Front für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflege gekämpft. Dies zahlte sich aus: Die Stimmbevöl-

kerung hat der **Pflege-Initiative** deutlich zugestimmt.

Zudem hat die SP dreimal im Alleingang verhindert, dass Konzerne und Topverdiener:innen einseitig profitieren, während die Kaufkraft der Bevölkerung zunehmend unter Druck gerät. Der **Kinderabzugs-Bschiss**, der **Stempelsteuer-Bschiss** und zuletzt die **Verrechnungssteuer-Vorlage** wurden an der Urne allesamt verworfen.

Kürzlich konnten wir einen weiteren wichtigen Erfolg feiern: Wir haben die Abstimmung über das **Klimaschutz-Gesetz** (Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative) gewonnen – trotz millionenschwerer Fake-News-Kampagne der SVP. Dank diesem Sieg geht es nun voran im Klimaschutz, und auch die Versorgungssicherheit wird gestärkt.

Überzeugungsarbeit im Parlament

Nicht nur an der Urne, auch im Parlament wurden richtungswei-

sende Entscheide gefällt. Trotz rechten Mehrheiten erzielte die SP mit Überzeugungsarbeit und Verhandlungsgeschick Fortschritte in zentralen Bereichen. Eine wichtige Veränderung gelang mit dem **Gegenvorschlag zur SP-Transparenzinitiative**. Jetzt gibt es in der Schweiz endlich griffige Transparenzregeln, was die Finanzierung von Parteien, Wahlen und Abstimmungen auf nationaler Ebene angeht. Bei den Wahlen in diesem Herbst kommen sie erstmals zur Anwendung.

Auch in sozialen und gesundheitlichen Fragen ergreift die SP erfolgreich Partei für die Mehrheit der Bevölkerung. Im Parlament wurden **Überbrückungsrenten für ältere Arbeitslose** eingeführt. Unsere Hartnäckigkeit bewirkte eine fortschrittliche **Revision des Sexualstrafrechts** («Nein heisst Nein»-Lösung). Und während der **Covid-Pandemie** hat sich die SP von Anfang an zusammen mit betroffenen Branchenverbänden, KMUs und Selbst-

ständigen für gute Lösungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen eingesetzt und gleichzeitig die Gesundheit der Bevölkerung geschützt.

Auch die aussenpolitischen Erfolge dürfen nicht vergessen werden: Dank dem **Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative** werden keine Waffen mehr in Länder exportiert, die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen, wie zum Beispiel Saudi-Arabien. Und es ist dem Druck der SP zu verdanken, dass die Schweiz kurz nach Beginn von Putins Angriffskrieg auf die Ukraine die **EU-Sanktionen gegen Russland** grossmehrheitlich übernommen hat.

All diese Erfolge waren nur möglich dank der grosszügigen Unterstützung unserer jährlich bis zu 40 000 Spender:innen und unserer mehr als 30 000 Mitglieder. Gemeinsam erzielen wir soziale und ökologische, gesellschafts- und aussenpolitische Fortschritte. Herzlichen Dank!



Sophie Glaser, Spendservice



Patenschaft für die Kita-Initiative

Gute Kita-Plätze führen zu mehr Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das ist dringend nötig. Heute übernehmen Frauen immer noch den Grossteil der familiären Care-Arbeit und müssen deshalb ganz oder teilweise ihren Job aufgeben. Alle Eltern sollen wählen können, wie sie ihre Kinder betreuen lassen möchten.

Werden Sie jetzt Gotte:Götti für die Kita-Initiative. Setzen Sie sich bis zur Abstimmung ein mit einer regelmässigen Spende. Die Kita-Initiative fordert bezahlbare Kita-Plätze für alle und gute Arbeitsbedingungen für Kita-Angestellte.

Als Gotte:Götti werden Sie zur wichtigen Stütze für die Kita-Initiative. Mit Ihrer regelmässigen Spende geben Sie uns wertvolle Planungssicherheit. Gemeinsam legen wir das nächste Puzzle-Stück für mehr Gleichstellung. Merci für Ihr Engagement und das Vertrauen!

Bei Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Regula-Sibylle Schweizer

Verantwortliche Patenschaften & Nachlassplanung bei der SP Schweiz

Jetzt Patenschaft abschliessen:

per Internet: gute-kitas.ch/patenschaft

per Telefon: 031 329 69 87

oder per E-Mail: regula.schweizer@spschweiz.ch

SP